



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Analysen und Vergleiche auf Basis der Innerstädtischen Raubeobachtung

Das Programm „Soziale Stadt“ der Städtebauförderung unterstützt Kommunen seit über 20 Jahren dabei, benachteiligte Quartiere zu stabilisieren und aufzuwerten. Nur wenige Studien haben sich aus einer übergeordneten Perspektive mit der Lebenssituation der Menschen vor Ort beschäftigt. Das vorliegende Heft beschreibt die Lebenslagen in Soziale-Stadt-Gebieten in Großstädten im Vergleich zu anderen Stadtteilen. Dazu wurden die Fördergebietskulissen des Programms mit Stadtteildaten der „Innerstädtischen Raubeobachtung“ verschnitten. Die zentralen Ergebnisse der Analysen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- **Die Lage der Menschen in den Fördergebieten ist deutlich angespannter als in anderen Stadtteilen. Hierzu zählen etwa die erhöhte Arbeitslosigkeit oder der Anteil an Personen, die Transferleistungen beziehen.**
- **Die Entwicklungen verliefen in den letzten Jahren in ostdeutschen Großstädten meist positiver als in westdeutschen Städten.**
- **Ausländer konzentrieren sich in Soziale-Stadt-Gebieten, und zwar in ostdeutschen Städten noch deutlicher als in westdeutschen Städten.**
- **Zahlreiche Quartiere, die sich in ihrer Struktur kaum von Soziale-Stadt-Gebieten unterscheiden, fördert das Programm nicht. Die Zahl dieser Stadtteile liegt weit oberhalb der Zahl der geförderten Stadtteile.**

Wer lebt in den Gebieten der Sozialen Stadt?

Autorin

Teresa Lauerbach



© Schafgans DGPh

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Programm der Städtebauförderung Soziale Stadt unterstützt seit 1999 die Stabilisierung und Aufwertung von sozial und wirtschaftlich benachteiligten Stadt- und Ortsteilen. Die Mittel fließen in das Wohnumfeld, die Infrastruktur und die Qualität des Wohnens. Während Evaluierungen und Statusberichte des Programms zeigen, wie die Mittel eingesetzt werden und wie sie wirken, braucht es noch mehr Informationen über die Lebenslagen der Menschen in den Stadt- und Ortsteilen, in denen die Fördergebiete liegen. Die vorliegende Analyse liefert Erkenntnisse dazu. Sie basiert auf Daten aus 56 Großstädten. Ausgewertet wurden Indikatoren zur Bevölkerungsstruktur, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und zum Bezug von Transferleistungen.

Die Befunde zeigen, wie sich Ungleichheit in den Städten abbildet. Der Anteil von Menschen, die arm und arbeitslos sind, ist in den Stadtteilen der Sozialen Stadt überdurchschnittlich hoch. Armut betrifft hier besonders viele junge Bewohner und viele Alleinerziehende. Armut und Bedürftigkeit bleiben in diesen Stadtteilen eine politische Herausforderung, die es zu lösen gilt.

Die Analyse macht einerseits deutlich, wie wichtig das Programm Soziale Stadt ist, um das Lebensumfeld der Menschen in den Stadtteilen zu verbessern. Andererseits zeigt sie, dass zahlreiche Stadtteile vor ähnlichen Problemen stehen wie die Fördergebiete der Sozialen Stadt. Eine Politik für die Städte ist eine Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse. Sie muss diese Situation im Blick behalten, damit sich gesellschaftliche Gräben in den Städten nicht weiter vertiefen.

Die Städtebauförderung setzt hier an. Auch in der ab 2020 gültigen neuen Programmstruktur ist die Förderung der Sozialen Stadt ein Förderschwerpunkt. Für das Programm „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“ stehen für 2020 200 Millionen Euro bereit. Gleichwohl bleibt auch in Zukunft eine ressortübergreifende Strategie und ein ressortübergreifender Mitteleinsatz gefordert, um die Teilhabechancen der Menschen in diesen Quartieren nachhaltig zu erhöhen.

Ich wünsche Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre.

Dr. Markus Eltges
Leiter des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Einführung

Das Programm Soziale Stadt gibt es bereits seit mehr als 20 Jahren.

Dennoch liegen bisher nur einige wenige Untersuchungen zur Lebenslage der Menschen in den Sozialen-Stadt-Gebieten vor.

Im Jahr 2019 feierte das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt sein 20. Jubiläum. Das stadtentwicklungspolitische Instrument zur Beseitigung städtebaulicher und sozialer Missstände hat sich in der Förderlandschaft des Bundes und der Länder fest etabliert. Bis Ende 2018 hat der Bund in 533 Kommunen mit rund 1,9 Mrd. Euro insgesamt 934 Gesamtmaßnahmen gefördert (vgl. Abb. 1). In der ab 2020 neuen Programmstruktur der Städtebauförderung wird der Ansatz der Sozialen Stadt im Programm „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“ fortgeführt und weiterentwickelt.

Das Programm wird explizit in „Stadt- und Ortsteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf eingesetzt, die auf Grund der Zusammensetzung und wirtschaftlichen Situation der darin lebenden und arbeitenden Menschen erheblich benachteiligt sind“ (BMI 2019a: 8). Ziel des Programms ist die Stabilisierung und Aufwertung dieser Quartiere, um somit einen „Beitrag zur Erhöhung der Wohn- und Lebensqualität und Nutzungsvielfalt, zur Verbesserung der Generationengerechtigkeit in den Quartieren und zur Integration aller Bevölkerungsgruppen“ (BMI 2019a: 8) zu leisten sowie den sozialen Zusammenhalt in benachteiligten Quartieren zu stärken (vgl. BMI 2018: 8). Im Vergleich aller Städtebauförderprogramme kommt im Programm „Soziale Stadt“ dem integrierten Ansatz eine besondere Bedeutung zu, da hier investive und personenbezogene Maßnahmen zusammenwirken sollen. Vor dem Hintergrund, dass städtebauliche

Maßnahmen alleine die Lebenssituation nicht verbessern können, werden im Programm Soziale Stadt baulich-investive Maßnahmen durch sozial-integrative Maßnahmen ergänzt. Sie tragen zur Stabilisierung benachteiligter Stadt- und Ortsteile bei.

Um den integrierten Ansatz weiter zu stärken, hat die Bundesregierung im Jahr 2016 die „Ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt – Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier“ beschlossen. Durch die Kooperation verschiedener Ressorts in Sozialen-Stadt-Gebieten werden die verschiedenen Fachpolitiken zugunsten der Verbesserung der Lebensbedingungen und der Stärkung lebendiger Nachbarschaften verbunden.

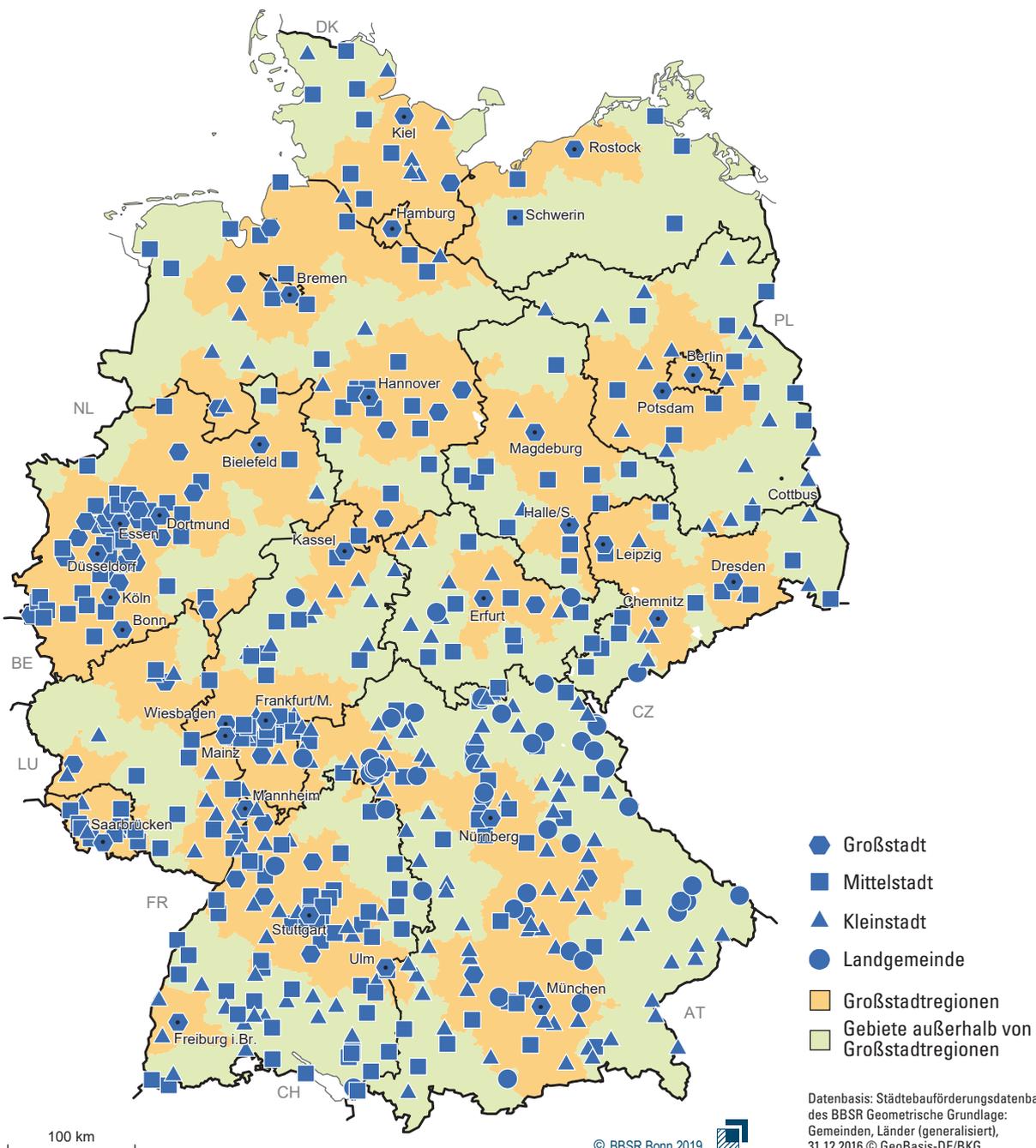
Aufgrund der hohen Bedeutung des Programms ist eine vertiefende Analyse der soziodemografischen und -ökonomischen Strukturen in den Programmgebieten zielführend. Die Begleitinformationen und das Monitoring wurden zwar in den letzten Jahren stetig ausgebaut und verbessert. Sie liefern allerdings allenfalls grobe Eckdaten, aber keine differenzierte sozialstrukturelle Charakterisierung der Gebiete. Mit Blick auf den integrierten Ansatz sind jedoch auch detailliertere Informationen zur soziodemografischen und -ökonomischen Situation der dort lebenden Personen wichtig. Die wissenschaftliche Begleitung des Programms generiert mit ihren Fallstudien und dem Wissenstransfer nur punktuell vertiefende Informationen hierzu. Für ein breiteres Gesamtbild der Lebenslagen in den Quartieren braucht es

folglich weitergehende Informationen über die soziodemografische und -ökonomische Situation der Bevölkerung in den Fördergebieten. Hierzu gibt es erste Untersuchungen, die dieses Heft ergänzt und aktualisiert. Dabei stehen folgende Fragen im Mittelpunkt:

- Wie lässt sich die soziodemografische und -ökonomische Situation in Soziale-Stadt-Gebieten beschreiben?
- Decken sich Soziale-Stadt-Gebiete mit den Gebieten, die aufgrund ihrer Indikatoren als benachteiligt charakterisiert werden?
- Wie unterscheidet sich die Situation in Soziale-Stadt-Gebieten von benachteiligten Quartieren ohne Förderung?

Abbildung 1

Städte und Gemeinden im Programm Soziale Stadt, Programmjahr 2018



Datenbasis: Städtebauförderungsdatenbank des BBSR Geometrische Grundlage: Gemeinden, Länder (generalisiert), 31.12.2016 © GeoBasis-DE/BKG

Grundlagen und Ziel der Untersuchung

Erfolgreiche Programmumsetzung benötigt Informationen über die Lebensverhältnisse der Menschen in Soziale-Stadt-Gebieten.

Bisherige Untersuchungen

Im Jahr 2008 unternahm Böltken (2008) einen ersten Versuch, mithilfe der Daten der Innerstädtischen Raubeobachtung (IRB) Soziale-Stadt-Gebiete zu charakterisieren. Darüber hinaus setzte sich 2015 eine vom BBSR beauftragte Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung mit dem Thema auseinander (vgl. DIW 2015). Beide Studien zeigen, dass die Auswertungen Informationen über die Lebensverhältnisse in den Fördergebieten der Sozialen Stadt liefern können, die aus den etablierten Erhebungen der Programmbegleitung nicht gewonnen werden.

Analysen von Böltken 2008

Böltken arbeitete in seiner Analyse mit Daten der Innerstädtischen Raubeobachtung (IRB) und musste sich hier insbesondere auf Menschen in Großstädten konzentrieren. Das vom BBSR betreute kommunalstatistische Kooperationsprojekt stellt für über 50 (Groß-)Städte Daten auf Stadtteilebene bereit. Der Datenkatalog umfasst rund 400 Merkmale aus den Themenbereichen Bevölkerungsstruktur, Wanderungen, Beschäftigung, Transfers und Wohnen und Bauen. Die Daten reichen bis zum Jahr 2002 zurück, wodurch Zeitreihenanalysen möglich sind. Die Analysen von Böltken basieren auf dem Zeitraum zwischen 2002 und 2006. Die Abgrenzungen der Fördergebiete entsprachen nicht (immer) den Grenzen der IRB-Stadtteile. Der Abgleich von IRB-Stadtteilen mit Fördergebieten erfolgte hier rein auf dem visuellen Vergleich von Plänen und konnte somit nur eine rudimentäre Annäherung darstellen.

Böltken untersuchte anhand der soziodemografischen und -ökonomischen Daten der IRB die Wirkung des Programms Soziale Stadt auf die

Lebensverhältnisse der in den Fördergebieten wohnenden Menschen. Wie er aber auch selber anmerkte, lassen sich Entwicklungen in Soziale-Stadt-Gebieten häufig nicht an lokalen, sondern an überregionalen Entwicklungstrends festmachen, die sich in gleicher Weise auch außerhalb von Soziale-Stadt-Gebieten niederschlagen. Es ist demnach schwierig, die Entwicklungen in Fördergebieten auf Effekte des Programms zurückzuführen. Diesen Anspruch verfolgt daher auch die vorliegende Analyse nicht.

Die zentralen Ergebnisse der Böltken-Studie waren: Sozialindikatoren wie Arbeitslosigkeit oder Transferabhängigkeit unterscheiden sich zwischen Gebieten innerhalb des Programms und vergleichbaren Gebieten außerhalb des Programms weder im Niveau noch in ihrer Entwicklung signifikant. Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund lag in Soziale-Stadt-Gebieten deutlich über dem in vergleichbaren Gebieten ohne Förderung. Aufgrund der damals jedoch fehlenden geometrischen Datengrundlagen ist die Studie aus methodischer Sicht heute überholt.

Studie zu den Auswertungspotenzialen des SOEP

Ziel der Studie war die Untersuchung der Sozialstruktur und Lebensverhältnisse in den Programmgebieten der Sozialen Stadt. Sie basiert auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), einer seit 1984 jährlich durchgeführten repräsentativen Befragung von rund 30.000 Personen in 11.000 Haushalten in Deutschland. Diese gibt Auskunft zu Fragen über Einkommen, Erwerbstätigkeit, Bildung oder Gesundheit (vgl. DIW 2018). Die Auswertungen erfolgten für den Zeitraum zwischen 2000 und 2012.

Durch die geokodierten Adressen der Befragten war eine Verschneidung mit den georeferenzierten Fördergebietskulissen der Sozialen Stadt

möglich. So ließen sich Haushalte, die in einem Fördergebiet leben und an der Umfrage teilnehmen, identifizieren. Da der Großteil der zu diesem Zeitpunkt erfassten Gebietskulissen in Großstädten lag und somit kaum Interviews von Haushalten in Fördergebieten in anderen Stadttypen vorlagen, konzentrierten sich die Untersuchungen wie auch schon bei Böltken auf Haushalte in Großstädten.

Die zentralen Ergebnisse dieser Studie sind: Die Analyse der soziodemografischen Merkmale zeigt insbesondere, dass der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in Gebieten der Sozialen Stadt im Vergleich zur Bevölkerung außerhalb der Fördergebiete signifikant höher ist. Im Durchschnitt ist die Bevölkerung jünger und weist einen geringeren Bildungsgrad auf. Die Zusammensetzung nach Haushaltstypen unterscheidet sich nicht signifikant, lediglich der Anteil Alleinerziehender ist deutlich höher. Das Haushaltseinkommen ist in Soziale Stadt-Gebieten signifikant geringer und es gibt im Durchschnitt mehr Arbeitslose und Personen mit SGB-II-Bezug.

Ein Vorteil bei der Arbeit mit Befragungsdaten ist, dass die Haushalte jährlich nach einer subjektiven Bewertung ihrer Lebenszufriedenheit befragt werden. Insbesondere bei

der Einschätzung der Wohnsituation lässt sich ablesen, wie die Bewohner der Fördergebiete den städtebaulichen Zustand ihres Wohnumfelds bewerten. Im Durchschnitt sehen sie gegenüber der Großstadtbevölkerung außerhalb dieser Fördergebiete einen höheren Sanierungsbedarf und sind mit ihrer Wohnsituation weniger zufrieden. Auch die allgemeine Lebenszufriedenheit, die Zufriedenheit mit dem persönlichen Einkommen sowie mit der eigenen Gesundheit ist geringer. Zudem machen sich die Menschen in Fördergebieten mehr Sorgen um ihre persönliche wirtschaftliche Situation und ihre Gesundheit.

Verbesserte Analyse mit der IRB

Mit der vorliegenden Analyse soll der von Böltken verfolgte Ansatz zur Beschreibung der soziodemografischen und -ökonomischen Lebenssituation der Bevölkerung in den Fördergebieten verfeinert und weiterentwickelt werden. Die Analysen basieren auch hier auf den Daten der IRB. Die Daten liegen bis 2017 für 56 Städte vor. Zudem stehen seit einigen Jahren georeferenzierte Stadtteile bereit. Durch die Verschneidung der Geometrien der Stadtteile mit denen der Fördergebietskulissen lassen sich Stadtteile in den IRB-Städten identifizieren, in

denen ein Fördergebiet der Sozialen Stadt liegt. Der Abgleich von Stadtteilen mit Fördergebieten erfolgt somit nicht mehr „händisch“, sondern auf Basis von georeferenzierten Grenzen.

Des Weiteren grenzt die Analyse Quartiere mit ähnlichen Eigenschaften (Sozialstruktur) wie Soziale Stadt-Gebiete, die aber keine Förderung erhalten haben, ab und vergleicht die Entwicklungen beider Typen. Untersucht werden verschiedene Indikatoren zu den Themenbereichen Bevölkerungsstruktur, Wanderungen, Arbeitslosigkeit und Beschäftigung, Transfers oder Wohnungsmarkt. Diese lehnen sich teilweise an die bereits genannten Untersuchungen an.

Der Beitrag beschreibt die Entwicklung der Lebensverhältnisse der Bewohner in Soziale Stadt-Gebieten. Diese Entwicklungen auf Effekte der Förderung zurückzuführen, kann in einzelnen Fällen zutreffen, eine Ursache-Wirkungs-Beziehung kann indes nicht unterstellt werden. Denn oftmals wirken sich externe Faktoren wie etwa die Lage im Stadtgebiet, der Wachstumsdruck einer Kommune, Entwicklungen am regionalen Arbeits- oder Wohnungsmarkt oder weitere bestehende Förderprogramme auf die Lebensbedingungen in den Quartieren aus.

Methode und Datengrundlagen

Eine weiterentwickelte geometrische Datengrundlage ermöglicht verbesserte Analysemöglichkeiten von Soziale-Stadt-Gebieten in deutschen Großstädten.

Verschneidung der Datensätze

Mithilfe der georeferenzierten Daten lässt sich die Zuordnung der Soziale-Stadt-Gebiete zu den IRB-Stadtteilen deutlich verbessern. Aktuell liegen im BBSR 635 Soziale-Stadt-Gebiete der aktuell 934 Gebiete georeferenziert vor (Stand 2018; die 43 im Jahr 2018 neu ins Programm Soziale Stadt aufgenommenen Maßnahmen konnten zum Zeitpunkt der Bearbeitung noch nicht georeferenziert werden). Hiervon liegen allerdings nur 264 Gebiete in Städten, die an der IRB teilnehmen. Insgesamt liegt in jeder der 56 IRB-Städte mindestens ein Soziale-Stadt-Gebiet. 600 der knapp 3.000 IRB-Stadteile überlagern sich mit einem Soziale-Stadt-Gebiet.

Abbildung 2 zeigt beispielhaft die Lage von drei verschiedenen Fördergebieten in einem Stadtgebiet. Zusätzlich zu den Gebietsgrenzen wurden Informationen zur Siedlungs-

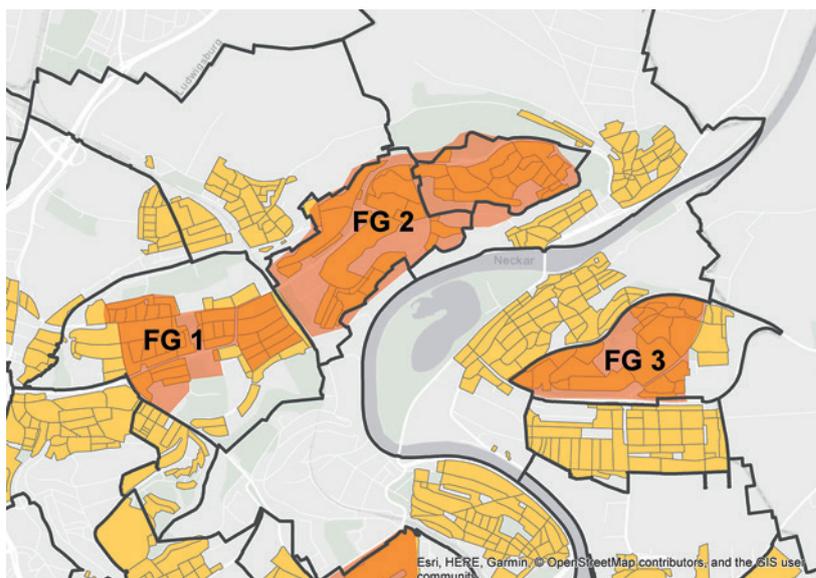
fläche hinzugezogen, um genauer abgrenzen zu können, welche Flächenanteile durch Wohnbebauung charakterisiert sind. Es sind verschiedene Szenarien zu erkennen. Fördergebiet 2 erstreckt sich beispielsweise über zwei Stadteile und deckt auch in beiden Stadteilen fast vollständig die gesamte Siedlungsfläche des Stadteils ab. Die Fördergebiete 1 und 3 liegen in einem einzelnen Stadtteil. Hier ist zudem nicht die gesamte Siedlungsfläche des Stadteils auch Teil des Fördergebiets. Fördergebiet 3 deckt einen größeren Anteil der Siedlungsfläche ab als Fördergebiet 1. Dies führt im weiteren Verlauf der Analysen zu methodischen Problemen, auf die im Folgenden genauer eingegangen wird.

Grenzen der Methodik

Dass sich ein Fördergebiet über mehrere Stadteile erstreckt, ist erst einmal nicht weiter problematisch. Da die Analyse auf die Sozialstruktur der in den Fördergebieten lebenden Bevölkerung abzielt, lassen sich in diesem Fall die Aggregatdaten für die jeweils betroffenen zwei oder mehr IRB-Stadteile für die Beschreibung des Fördergebiets nutzen.

Problematisch wird es, wenn das Soziale-Stadt-Gebiet nur einen kleinen Flächenanteil – noch genauer Siedlungsflächenanteil – an der Gesamt(siedlungs)fläche des Stadteils ausmacht. In diesem Fall ist die Arbeit mit Aggregatdaten auf Stadteilebene nur eine – bisweilen sehr grobe – Annäherung. Es wäre methodisch nicht zulässig, von den Daten für einen gesamten Stadtteil auf die Situation im Fördergebiet zu schließen, wenn das Fördergebiet nur einen geringen Anteil der (Siedlungs-) Fläche des Stadteils ausmacht. Bei den betrachteten 600 Stadteilen schwankt der Anteil eines Fördergebiets an der Siedlungsfläche eines

Abbildung 2 Räumliche Lokalisierung von Soziale-Stadt-Gebieten im Stadtgebiet



- IRB-Stadteil
- Soziale-Stadt-Fördergebiet
- Wohnfläche

Datenbasis: Kommunalstatistiken der IRB-Städte, Städtebauförderungsdatenbank BBSR; Geometrische Grundlage: Innerstädtische Raubeobachtung des BBSR; Basiskarte: Esri, HERE, Garmin, OpenStreetMap contributors, and the GIS user community; Bearbeitung: C. Beckers, Februar 2019.

Stadtteils zwischen unter einem und 100 Prozent, der Median liegt bei 35 Prozent.

Um eine möglichst hohe Übereinstimmung zwischen Siedlungsfläche und Fördergebiet zu erhalten und somit sicherzustellen, dass die Bevölkerung des jeweiligen Stadtteils auch repräsentativ dargestellt werden kann, wurde für diese Untersuchung eine Grenze bei einer Überschneidung der Siedlungsfläche des Stadtteils mit dem Fördergebiet von mindestens 66 Prozent oder höher gesetzt. Durch diese Grenze reduziert sich die Anzahl der beobachtbaren IRB-Stadtteile, die tatsächlich auch durch ein Fördergebiet der Sozialen Stadt geprägt sind, von ursprünglich 600 auf nun 227 Stadtteile. Davon liegen 123 Stadtteile in Westdeutschland und 104 in Ostdeutschland (inkl. Berlin). Auch wenn diese Methode der Verschneidung zweier Gebiete den von Böltken angewendeten Abgleich deutlich verbessert, ergeben sich dennoch die bereits beschriebenen Einschränkungen.

Weitere Abstriche ergeben sich dadurch, dass es sich bei den 56 teilnehmenden Städten größtenteils um Großstädte handelt und sich somit auch hier – wie schon bei den Studien von Böltken und des DIW – nur wenig über die Bevölkerung in Fördergebieten von Mittel- und Kleinstädten sagen lässt. Die Aussagen sind somit nicht repräsentativ für alle Soziale-Stadt-Gebiete, sondern gelten für Gebiete in Großstädten.

Zuletzt soll noch erwähnt werden, dass die Analyse nicht nach der aktu-

Abbildung 3

	Anzahl der untersuchten Stadtteile		
	Soziale-Stadt-Gebiete	Benachteiligte Stadtteile ohne Förderung	Sonstige Stadtteile
Westdeutschland	123	213	1.478
Ostdeutschland	104	132	723
Gesamt	227	345	2.201

Quelle: Innerstädtische Raumbeobachtung des BBSR, Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte

ellen Laufzeit von Fördermaßnahmen unterscheiden kann, da die Zahl der beobachtbaren Einheiten noch einmal sinken würde. Gebiete mit sehr langen Förderlaufzeiten vergleicht die Analyse daher mit Gebieten mit eher kurzen Laufzeiten. Da es hier aber nicht um eine Wirkungsanalyse des Programms auf die Entwicklung der Quartiere geht, sondern lediglich darum, die Bevölkerungsstruktur in den Gebieten genauer zu beschreiben und zu charakterisieren, wird die Länge der Laufzeit nicht weiter betrachtet. Tendenzen der Gentrifizierung oder andere auf die Soziale Stadt zurückzuführende Entwicklungen lassen sich daher nicht kontrollieren.

Vergleichsgruppe nach Transferabhängigkeit

Die Situation in den Soziale-Stadt-Gebieten wird hier mit der Situation in anderen Gebieten verglichen. Zunächst stellt die Analyse die Stadtteile, in denen sich ein Fördergebiet befindet, jenen gegenüber, die keine Förderung durch das Programm So-

ziale Stadt erhalten haben. In einem weiteren Schritt geht es um die Unterschiede zu solchen Stadtteilen, die zwar keine Förderung erhalten haben, sich in ihrer Sozialstruktur aber nur unwesentlich von den Soziale-Stadt-Gebieten unterscheiden.

Insbesondere in Großstädten wird die Abhängigkeit von Transferleistungen als zentrales Problem sozialräumlicher Polarisierungen gesehen. Als Vergleichsgruppe werden deshalb Stadtteile ausgewählt, die im Vergleich mit anderen Stadtteilen sehr hohe SGB-II- beziehungsweise SGB-III-Quoten aufweisen. Die ausgewählten Vergleichsstadtteile befinden sich im obersten Quartil der Verteilung aller Stadtteile nach SGB-II- und SGB-III-Quoten. Die Stadtteile, die Soziale-Stadt-Gebiet sind, werden hiervon ausgenommen, da diese sich bereits in der Experimentalgruppe befinden. Neben den 227 Soziale-Stadt-Gebieten werden zusätzlich 345 benachteiligte Quartiere ohne Förderung und 2.201 sonstige Stadtteile betrachtet (vgl. Abb. 3).

Lebenslagen in der Sozialen Stadt

Die Lage der Menschen in den Fördergebieten ist deutlich angespannter als in anderen Stadtteilen: erhöhte Arbeitslosigkeit, hoher Anteil an Personen, die Transferleistungen beziehen. Im Hinblick auf begrenzte Fördermittel priorisieren Städte Stadtteile nach ihrem Handlungsbedarf.

Auswahl der Indikatoren

Dieses Kapitel charakterisiert die Soziale-Stadt-Gebiete anhand von verschiedenen Indikatoren und vergleicht sie mit den jeweiligen Vergleichsgruppen. Die Analysen konzentrieren sich auf die Bereiche

- Bevölkerungsstruktur,
- Beschäftigung,
- Arbeitslosigkeit sowie
- Transferleistungen.

Im Fokus stehen soziodemografische Indikatoren wie das Durchschnittsalter, die Anteile verschiedener Altersgruppen, der Anteil ausländischer Personen an der Bevölkerung oder die Unterschiede in den Haushaltsstrukturen. Im Bereich Beschäftigung und Arbeitslosigkeit werden sowohl die Beschäftigungs- als auch die Arbeitslosenquoten berechnet und zwischen den verschiedenen Stadtteiltypen verglichen. Zudem geht es um die Anteile an Personen, die Transferleistungen empfangen.

Ergebnisse

Bevölkerungsstruktur

Die Bewohner von Soziale-Stadt-Gebieten sind im Schnitt deutlich jünger als die der sonstigen Stadtteile (vgl. Abb. 4). Dies liegt vor allem an dem höheren Anteil von ausländischen Mitbürgern, deren Durchschnittsalter etwa 4,5 Jahre niedriger ist als das der deutschen Bevölkerung. Auch der Anteil der Kinder unter zehn Jahren ist in Soziale-Stadt-Gebieten höher als in den anderen Gebieten. Während sich die Anteile bei der deutschen Bevölkerung zwischen den Stadtteiltypen nicht signifikant voneinander unterscheiden, sind sie bei den Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sowohl in West- als auch in Ostdeutschland mehr als doppelt so hoch wie in den sonstigen Gebieten. Die Werte in benachteilig-

ten Stadtteilen ohne Förderung liegen sehr nahe bei jenen von Soziale-Stadt-Quartieren. Insbesondere die Ausstattung und Arbeit von Bildungseinrichtungen im Jugendbereich, wie Kitas oder Grundschulen, kann eine Förderung beeinflussen, da hier das Programm Soziale Stadt sehr gut unterstützen kann.

In Soziale-Stadt-Gebieten sind Haushalte mit Kindern der häufigste Haushaltstyp. Dies ist in westdeutschen Städten sehr deutlich ausgeprägt, während es in ostdeutschen Städten genau gegensätzlich ist. Hier ist die Quote der Haushalte mit Kindern in Soziale-Stadt-Gebieten demnach am niedrigsten. Interessant ist in diesem Zusammenhang vor allem, dass die Haushalte mit drei oder mehr Kindern in Soziale-Stadt-Gebieten deutlich überrepräsentiert sind. Zudem ist der Anteil alleinerziehender Haushalte in benachteiligten und Soziale-Stadt-Gebieten signifikant höher, was ein Indikator für schwierige Familienstrukturen und generell schwierige Lebensumstände sein kann.

Ein wesentlicher Unterschied zeigt sich in der Höhe der Anteile ausländischer Personen an den Einwohnern der jeweiligen Stadtteile. Soziale-Stadt-Gebiete weisen hier mit Abstand die höchsten Anteile auf. Auch in benachteiligten Stadtteilen, die keine Förderung erhalten, ist der Anteil überdurchschnittlich hoch, bleibt aber deutlich unterhalb des Niveaus von Soziale-Stadt-Gebieten. In ostdeutschen Städten liegen die Anteile weit unter dem Niveau der westdeutschen Städte. Die Werte lassen zudem vermuten, dass sich die ausländische Bevölkerung in ostdeutschen Städten stärker auf Soziale-Stadt-Quartiere konzentriert als in westdeutschen Städten. Zu beachten ist allerdings, dass Berlin den Durchschnitt der ostdeutschen Städte mit sehr hohen Anteilen nach oben verzerrt. Ohne Berlin schwächt

sich dieser Effekt ab. Seit Beginn des Betrachtungszeitraums 2012 hat die Zahl der ausländischen Personen deutlich zugenommen (vgl. Abb. 5). Dies liegt an der durch die EU-Ost-Erweiterung gestiegene Zuwanderung aus Südosteuropa sowie an

der Zuwanderung durch die Folgen des Krieges vor allem in Syrien und im Irak. In westdeutschen Städten erhöhte sich die Zahl der Ausländer in Soziale-Stadt-Gebieten von knapp 275.000 in 2012 auf rund 365.000 in 2017. Damit stieg der Ausländeranteil

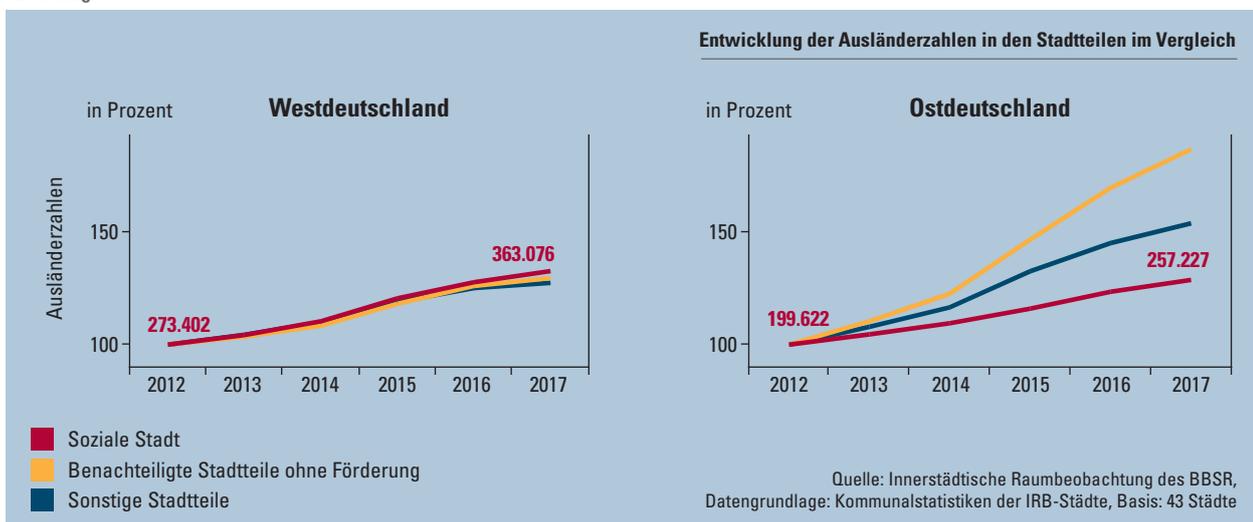
in den Soziale-Stadt-Gebieten um fünf Prozent mehr als in den sonstigen Stadtteilen. In ostdeutschen Städten sind die Veränderungen deutlich stärker ausgeprägt, da hier die Zahl der Ausländer 2012 noch ein geringeres Ausgangsniveau auf-

Abbildung 4

Soziodemografische Merkmale der Personen in den Stadtteilen im Jahr 2017 im Vergleich						
	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Soziale-Stadt-Gebiete	Benachteiligte Stadtteile ohne Förderung	Sonstige Stadtteile	Soziale-Stadt-Gebiete	Benachteiligte Stadtteile ohne Förderung	Sonstige Stadtteile
Durchschnittsalter in Jahren (insg.)	40,68	41,26	43,14	39,82	42,69	44,28
Durchschnittsalter in Jahren (deutsch)	42,07	42,44	44,12	40,77	44,42	45,29
Durchschnittsalter in Jahren (ausl.)	37,55	37,89	38,85	37,27	33,83	36,53
Anteil der Personen unter 10 Jahren (insg.)	10,63 %	10,02 %	8,77 %	10,03 %	10,35 %	9,25 %
Anteil der Personen unter 10 Jahren (deutsch)	7,76 %	7,79 %	7,60 %	8,09 %	8,37 %	8,43 %
Anteil der Personen unter 10 Jahren (ausl.)	2,87 %	2,23 %	1,17 %	1,94 %	1,98 %	0,82 %
Anteil der Haushalte mit Kindern	20,09 %	19,30 %	16,89 %	16,07 %	16,58 %	18,55 %
davon Anteil mit einem Kind	49,51 %	50,43 %	53,33 %	54,53 %	56,68 %	56,00 %
mit zwei Kindern	33,47 %	33,39 %	35,93 %	29,58 %	30,23 %	35,18 %
mit drei und mehr Kindern	17,02 %	16,19 %	10,74 %	15,89 %	13,08 %	8,82 %
davon Anteil alleinerziehend	28,82 %	29,90 %	21,88 %	38,42 %	38,17 %	24,80 %
Anteil ausländischer Personen (Anteil ohne Berlin)	30,69 %	25,85 %	18,00 %	27,03 % (18,06 %)	16,30% (11,72 %)	11,47 % (6,33 %)

Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBSR, Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte, Basis: 43 Städte

Abbildung 5



wies. Zudem unterscheiden sich die Entwicklungen in den Quartieren von denen westdeutscher Städte. Hier wuchsen die Anteile ausländischer Bevölkerung am stärksten in den benachteiligten Quartieren ohne Förderung. Am geringsten ist das Wachstum in Soziale-Stadt-Gebieten. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass in ostdeutschen Städten häufig innenstadtnahe Altbauquartiere Gebietskulissen im Programm Soziale Stadt bilden. Diese haben sich nun zu attraktiven Wohnstandorten mit hohen Mietpreinsniveaus entwickelt und verzeichneten somit im Zuge der letzten Zuwanderungswelle geringere Zuwanderungsraten.

Arbeitslosigkeit und Beschäftigung

Ein zentrales Problem sozial benachteiligter Quartiere ist die hohe Konzentration von Arbeitslosigkeit. Das Programm Soziale Stadt nutzt hier Partnerprogramme wie BIWAQ (Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier), um Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitssuchende zu qualifizieren und zu unterstützen. BIWAQ ist ein ESF-Förderprogramm, das Projekte zur Integration in Arbeit und zur

Stärkung der lokalen Ökonomie in Soziale-Stadt-Gebieten fördert.

Die Beschäftigungsquote – also der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 15 bis unter 65 Jahren am Wohnort an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2019) – liegt in Soziale-Stadt-Gebieten im Jahr 2017 mehrere Prozentpunkte unterhalb der anderer Stadtteile (vgl. Abb. 6). Dabei sind die Unterschiede besonders zwischen ausländischen und deutschen Personen ausgeprägt. In Westdeutschland liegt die Beschäftigungsquote der Deutschen knapp 20 Prozentpunkte höher, in Ostdeutschland mehr als doppelt so hoch.

Die Arbeitslosenquoten geben ein ähnliches Bild wieder. Sie sind in benachteiligten Stadtteilen sowohl ohne als auch mit Förderung mehr als doppelt so hoch wie in den sonstigen Stadtteilen. Der Anteil Langzeitarbeitsloser an allen Arbeitslosen ist zumindest in Westdeutschland ebenfalls in benachteiligten Quartieren sehr viel höher, für ostdeutsche Städte gilt dies aber nur in geringem Maße.

Betrachtet man die Entwicklung der Arbeitslosenquote in den verschiedenen Stadtteilen, so fällt auf, dass sich die Entwicklungsrichtung nicht besonders voneinander unterscheidet (vgl. Abb. 7). Über alle Quartierstypen sowohl in West- als auch in Ostdeutschland ist die Arbeitslosigkeit seit 2012 zurückgegangen. Auffällig ist der konstant gleichbleibende Abstand zwischen den Quartierstypen. Diese Entwicklung ist allerdings deshalb folgerichtig, da Deutschland im Analysezeitraum von einer äußerst starken positiven wirtschaftlichen Dynamik geprägt war. Anstrengungen zur Beschäftigungsförderung im Rahmen der Sozialen Stadt treten somit nicht so stark ins Gewicht; nichtsdestotrotz leisten sozialräumliche Programme wie etwa BIWAQ einen wichtigen Beitrag, um arbeitslose Menschen vor Ort mit Qualifizierungsmaßnahmen zu erreichen. Zwischen West- und Ostdeutschland unterscheidet sich der Trend nur leicht, wenngleich in ostdeutschen Städten die Arbeitslosigkeit stärker abgenommen hat und zumindest in benachteiligten Quartieren inzwischen ein niedrigeres Niveau erreicht als in westdeutschen Städten.

Abbildung 6

	Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in den Stadtteilen im Jahr 2017 im Vergleich					
	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Soziale-Stadt-Gebiete	Benachteiligte Stadtteile ohne Förderung	Sonstige Stadtteile	Soziale-Stadt-Gebiete	Benachteiligte Stadtteile ohne Förderung	Sonstige Stadtteile
Beschäftigungsquote (insg.)	49,31 %	51,40 %	56,71 %	52,57 %	55,76 %	60,98 %
Beschäftigungsquote (deutsch)	55,95 %	57,60 %	60,49 %	58,41 %	60,41 %	63,68 %
Beschäftigungsquote (ausl.)	35,97 %	36,77 %	42,14 %	24,29 %	26,93 %	31,32 %
Arbeitslosenquote (insg.)	10,44 %	9,56 %	4,37 %	9,26 %	9,01 %	4,62 %
davon Anteil Langzeitarbeitslose	42,47 %	43,01 %	34,44 %	29,77 %	31,76 %	29,70 %
Arbeitslosenquote (deutsch)	8,70 %	8,11 %	3,73 %	8,53 %	8,25 %	4,21 %
Arbeitslosenquote (ausl.)	13,68 %	13,03 %	6,75 %	10,52 %	12,01 %	6,80 %

Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBSR, Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte, Basis: 48 Städte

Transfers

Im Zusammenhang mit hohen Arbeitslosenzahlen zeichnen sich sozial benachteiligte Stadtteile zudem durch hohe Anteile an Transferleistungsempfängern aus. Dabei liegen die Quoten im Jahr 2017 in benachteiligten Stadtteilen mit oder ohne Förderung bis zu dreimal so hoch wie in den restlichen Stadtvierteln (vgl. Abb. 8). Auffallend ist zudem der deutliche Unterschied zwischen den benachteiligten Quartieren ohne Förderung und Soziale-Stadt-Gebieten. Benachteiligte Stadtteile

sind definiert durch SGB-II-Quoten im obersten Viertel der Verteilung über alle Stadtteile. Der nochmals höhere Wert in Soziale-Stadt-Gebieten zeigt, dass sich das Förderprogramm tatsächlich auf jene benachteiligten Stadtteile zu konzentrieren scheint, deren Bedürftigkeit am höchsten ist.

Während die Arbeitslosigkeit seit 2012 kontinuierlich abgenommen hat, gilt dies nicht für die Zahl der Transferleistungsbezieher (vgl. Abb. 9). Insbesondere in benachteiligten Quartieren in westdeutschen Städten

sind die Anteile weiter angestiegen. In Ostdeutschland nahm die Zahl der Transferleistungsbezieher in diesen Quartieren zeitweise ab. Durch die hohe Zuwanderung seit 2015 erhöhen sich die Anteile aber auch hier wieder. Kaum betroffen davon sind die sonstigen Stadtteile, in denen das Niveau nach wie vor konstant beziehungsweise rückläufig ist.

Problematisch ist die Verfestigung der Armutsstrukturen. Konzentriert sich in einem Stadtteil ein hoher Anteil an Transferleistungsempfängern,

Abbildung 7

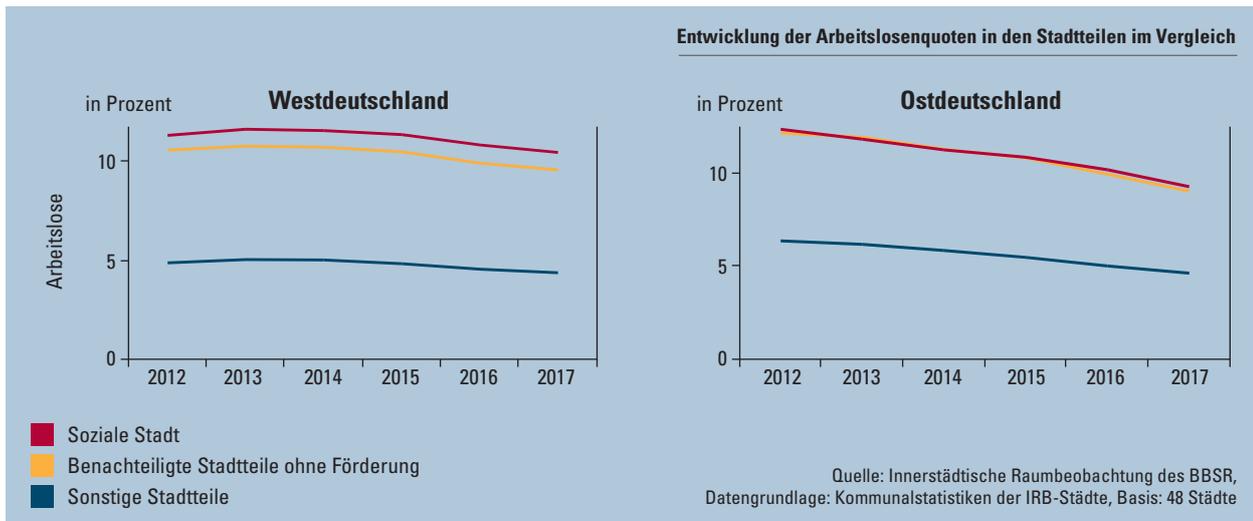


Abbildung 8

Personen mit Transferleistungsbezug in Soziale-Stadt-Gebieten im Jahr 2017

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Soziale-Stadt-Gebiete	Benachteiligte Stadtteile ohne Förderung	Sonstige Stadtteile	Soziale-Stadt-Gebiete	Benachteiligte Stadtteile ohne Förderung	Sonstige Stadtteile
Anteil der Personen im SGB-II-Bezug (insg.)	21,45 %	19,81 %	7,00 %	22,45 %	18,65 %	6,26 %
davon ausländische Personen	33,72 %	29,49 %	29,81 %	20,03 %	19,06 %	15,59 %
davon nicht-erwerbsfähige Personen	31,44 %	29,28 %	27,87 %	28,47 %	27,43 %	23,35 %
Anteil der Personen im SGB-III-Bezug (insg.)	1,09 %	1,09 %	0,89 %	1,01 %	0,99 %	0,81 %

Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBSR, Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte, Basis: 43 Städte

ist es schwierig, diese Strukturen wieder zu durchbrechen. Dies hängt häufig auch mit der Bebauungs- und Mietenstruktur dieser Quartiere zusammen. Transferleistungsempfänger, deren Wohnkosten nach den „Kosten der Unterkunft“ übernommen werden, sind an bestimmte Miethöhen gebunden und können nicht frei auf dem Wohnungsmarkt

wählen. Dadurch kommt es in der Folge zu Konzentrationen in einzelnen Quartieren, häufig mit einem hohen Anteil an kommunalen Wohnungsbeständen (vgl. Abb. 10). Ein Großteil der Soziale-Stadt-Quartiere, die 2017 SGB-II-Quoten im höchsten Viertel der Verteilung aufweisen, lagen bereits 2012 im obersten Viertel. Nur in Ausnahmefällen kommt es dazu,

dass Quartiere auf- oder absteigen. Es lässt sich nicht sagen, wie sich die Fluktuation in der Bevölkerung darstellt, also ob Menschen in andere Quartiere fortziehen und sozial Schwächere nachrücken. Insgesamt wird aber deutlich, dass in der Mehrheit der Quartiere die ursprüngliche Zusammensetzung der Bevölkerung erhalten bleibt.

Abbildung 9

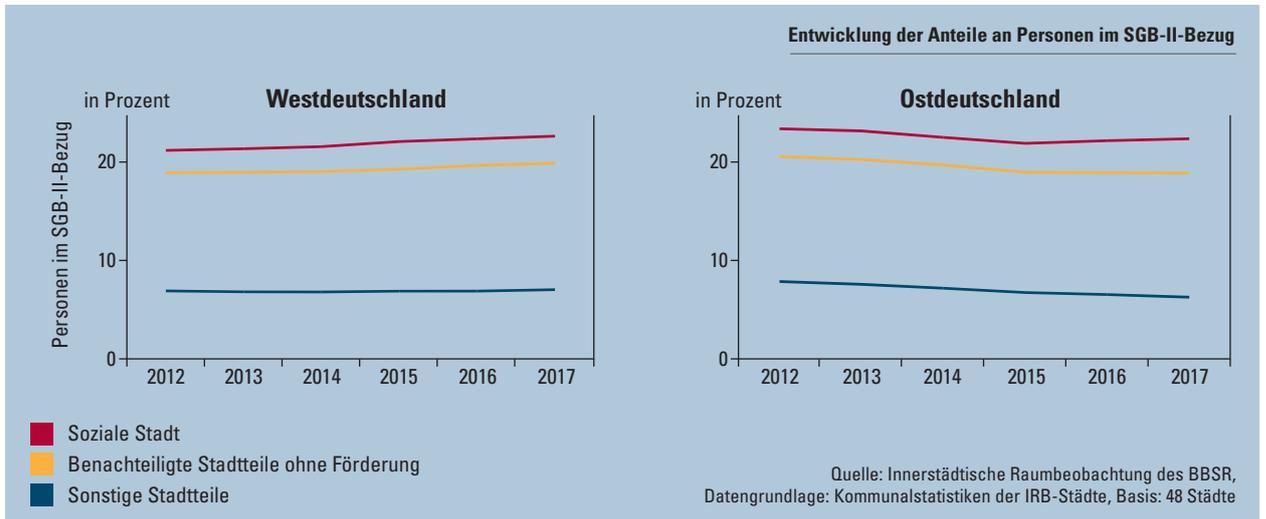
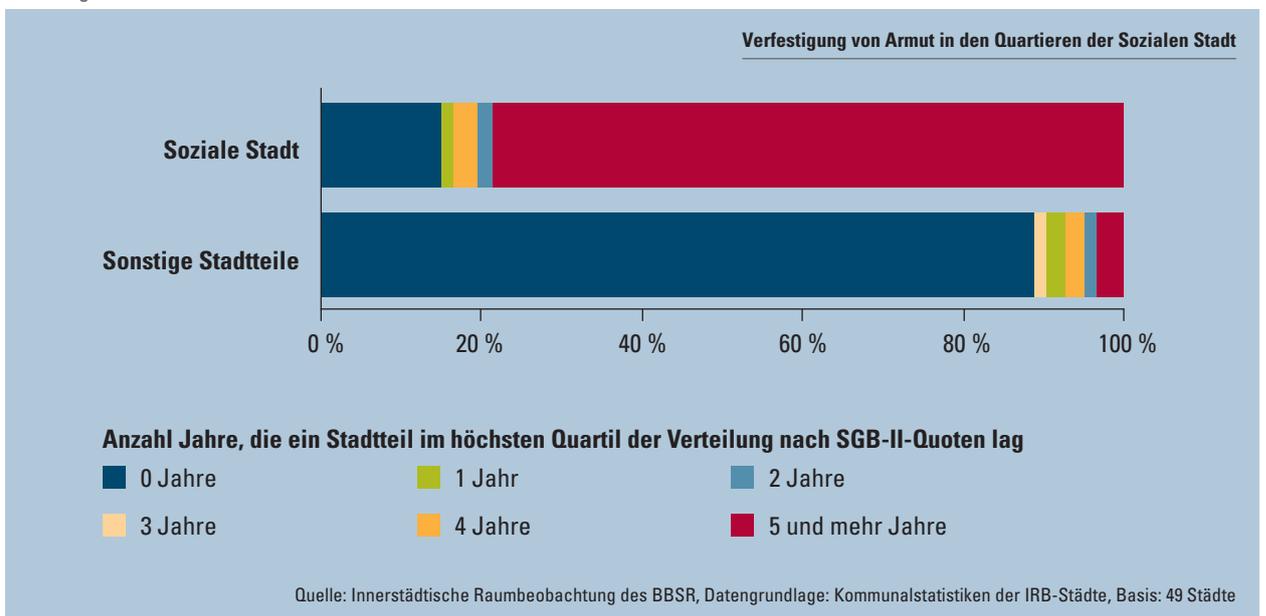


Abbildung 10



Fazit

Das Programm Soziale Stadt ist auf Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf ausgerichtet, in denen neben städtebaulichen auch soziale Missstände vorherrschen. Dennoch ließen sich bisher aufgrund fehlender kleinräumiger Daten statistisch nur sehr wenige Aussagen über die sozioökonomische Lebenssituation der Menschen vor Ort treffen. Die Analysen von Böltken aus dem Jahr 2008 waren ein erster Versuch, anhand von kleinräumigen kommunalstatistischen Aggregatdaten die Lebenslage der Bevölkerung in Soziale-Stadt-Gebieten zu charakterisieren.

Die georeferenzierten Stadtteilgrenzen der IRB-Städte sowie der Fördergebietsgrenzen verbessern die Analysen nun deutlich und machen sie genauer. Dennoch bestehen durch gesetzte Grenzwerte nach wie vor Unschärfen. Wollte man dieses Problem vermeiden, müssten Personeneinzeldaten oder Umfragedaten herangezogen werden, die dem BBSR aber aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht vorliegen. Nichtsdestotrotz geben die Untersuchungen einige aufschlussreiche Informationen über die sozioökonomische Lebenssituation in Soziale-Stadt-Gebieten. Generell lässt sich für Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern festhalten:

- Die Lage der Menschen ist in den Fördergebieten deutlich angespannter als in anderen Stadtteilen. Hierzu zählen etwa die erhöhte Arbeitslosigkeit, der Anteil der Personen, die Transferleistungen beziehen, aber zum Beispiel auch ein erhöhter Anteil an Alleinerziehenden, was häufig ein Zeichen für schwierige Lebensumstände sein kann. Die Städte setzen somit bei der Gebietsauswahl im Hinblick auf begrenzte Fördermittel passende Akzente beziehungsweise priorisieren Stadtteile nach ihrem Handlungsbedarf.

- Die Entwicklungen der letzten Jahre verliefen in ostdeutschen Großstädten meist positiver als in westdeutschen Städten.
- Ausländische Personen konzentrieren sich in Soziale-Stadt-Gebieten. Die Konzentration ist in ostdeutschen Städten stärker ausgeprägt als in westdeutschen Städten. Dies liegt jedoch hauptsächlich an den hohen Werten Berlins.
- Es gibt zahlreiche weitere nicht vom Programm geförderte Quartiere, die sich in ihrer Struktur kaum von Soziale-Stadt-Gebieten unterscheiden. Die Zahl der Stadtteile liegt weit oberhalb jener mit Förderung durch das Programm. Die Lage in Soziale-Stadt-Gebieten ist im Vergleich aber noch einmal angespannter.

Eine soziale Stadtentwicklung bleibt somit auf der politischen Agenda. Mit der neuen Programmstruktur der Bund-Länder-Städtebauforderung bleibt diese Förderpolitik daher weiterhin mit dem eigenen Programm „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“ ab 2020 erhalten.

Um benachteiligte Quartiere nachhaltig zu stabilisieren und zunehmenden Segregationstendenzen entgegenzuwirken, reicht der städtebauliche Ansatz des Sozialen Stadt-Programms wie auch des nachfolgenden Programms „Sozialer Zusammenhalt“ nicht aus. Die Kommunen müssen beispielsweise eigenständig ausreichend und qualifiziertes Personal für erhöhte Integrationsanforderungen bereitstellen, auch wenn sie durch das Programm gefördert werden. Gerade der integrierte Ansatz, der auch dem Förderprogramm zugrunde liegt, kann helfen, um Strukturen und Netzwerke aufzubauen, die über das Städtebauliche hinaus auch soziale Aufgaben

angehen. Die „Ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt“ des Bundes ist zudem ein Ansatz, Fördergelder anderer Ressorts in Soziale-Stadt-Gebieten zu bündeln. Hier sind unter anderem die Modellprogramme „Jugendmigrationsdienst im Quartier“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, „Verbraucher stärken im Quartier“ des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz sowie „UTOPOLIS – Soziokultur im Quartier“ der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien zu nennen (vgl. BMI 2019b). Darüber hinaus gibt es Bund-Länder-Programme wie etwa das in 2019 gestartete Programm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung „Schule macht stark – Gemeinsame Initiative von Bund und Ländern zur Unterstützung von Schulen in sozial schwierigen Lagen“ (BMBF 2019) beziehungsweise spezifische Länderprogramme, die die baulichen Ansätze mit sozialintegrativen Ansätzen flankieren.

Auch zukünftig ermöglicht das Programm „Sozialer Zusammenhalt“ den Zugang zu sozialräumlichen Politiken. Aufgrund begrenzter Fördermittel können jedoch zahlreiche Quartiere mit ähnlichen sozioökonomischen Eigenschaften wie die ausgewählten Fördergebiete nicht am Programm teilhaben. In diesem Sinne gilt es auf Bundesebene im Rahmen der ressortübergreifenden Strategie weitere Fördermittel der Bundesressorts für möglichst viele benachteiligte Quartiere und die dort lebenden Menschen – möglicherweise auch über das Programm „Sozialer Zusammenhalt“ hinaus – zu bündeln. Auf diese Weise lässt sich deren Teilhabe und damit die Chance auf ein gutes und selbstbestimmtes Leben im Sinne der Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse erhöhen.

Literatur

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2019: „Schule macht stark“ – Gemeinsame Initiative von Bund und Ländern zur Unterstützung von Schulen in sozial schwierigen Lagen, Pressemitteilung: 123/2019 vom 23.10.2019, Berlin.

BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 2018: Programmstrategie Soziale Stadt, Berlin.

BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 2019a: Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2019. Zugriff: https://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/SharedDocs/Publikationen/StBauF/VVStaedtebaufoerderung2019_Liste.pdf?__blob=publicationFile&v=3 [abgerufen am 11.02.2020].

BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 2019b: Nachbarschaften stärken, miteinander im Quartier, online unter: <https://www.miteinander-im-quartier.de> [abgerufen am 03.02.2020].

Böltken, Ferdinand, 2008: Vergleichende Stadtforschung, benachteiligte Viertel und die „Soziale Stadt“. In: BBSR (Hrsg.), 2008, Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11, 12.2008: 665–676, Bonn.

Bundesagentur für Arbeit, 2019: Berechnung von Beschäftigungsquoten. Zugriff: https://statistik.arbeitsagentur.de/nn_4236/Statistischer-Content/Grundlagen/Definitionen/Berechnung-Beschaefigungsquoten/Berechnung-Beschaefigungsquoten.html [abgerufen am 11.02.2020].

DIW Berlin – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 2015: Sozialstruktur, Lebenslagen und Lebenszufriedenheit in den Programmgebieten der Sozialen Stadt. Machbarkeitsstudie zu den Auswertungspotentialen des SOEP im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. In: DIW Berlin: Politikberatung kompakt 103, Berlin.

DIW Berlin – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 2018: Die Survey-Gruppe SOEP. Kurzbeschreibung. Zugriff: https://www.diw.de/de/diw_02.c.221178.de/ueber_uns.html [abgerufen am 11.02.2020].



Ziele der Städtebauförderung

BBSR-Analysen KOMPAKT 08/2019, Hrsg.: BBSR, Bonn 2019
kostenfreier Download unter: www.bbsr.bund.de

Das Ziel der Städtebauförderung ist eine nachhaltige Stadtentwicklung. Sie ist außerdem als „lernendes Programm“ konzipiert, das in der Lage ist, immer wieder neuen Themen und Herausforderungen zu begegnen. Vor dem Hintergrund dieser multidimensionalen Zielgestaltung untersucht das Heft anhand regelmäßiger Befragungen der Programmkommunen, welche Ziele in der Praxis aufgegriffen werden. Dabei werden textliche Informationen als Daten behandelt und quantitativ ausgewertet. Dadurch kann eine tendenzielle Einschätzung der Relevanz städtebaulicher Ziele aus Sicht der berichtenden Kommunen getroffen werden. Die Ergebnisse lassen eine klare Priorisierung in den Themenbereichen Wohnen, Innenentwicklung, Wirtschaft und Mobilität erkennen. Da städtebauliche Maßnahmen langfristig angelegt sind, zeigt sich über den Untersuchungszeitraum von 2011 bis 2017 eine relativ stabile Gewichtung der Ziele. Die Bedeutung des Themas Innenentwicklung nimmt im Zeitverlauf zu.



Geförderte im ESF-Bundesprogramm Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ

BBSR-Analysen KOMPAKT 02/2019, Hrsg.: BBSR, Bonn 2019
kostenfreier Download unter: www.bbsr.bund.de

BIWAQ fördert kommunale Projekte, die (langzeit)arbeitslose Menschen in Arbeit integrieren und die lokale Ökonomie stärken. Als Partnerprogramm des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt ergänzen die BIWAQ-Projekte investive Förderung durch nicht-investive Maßnahmen. Das BBSR hat seit 2008 ein umfangreiches Programmmonitoring aufgebaut. Es führt projektbezogene Informationen zusammen und aktualisiert die Daten laufend. Damit ließ sich mehr darüber herausfinden, welche Kommunen das Programm beanspruchen und mit welchen Partnern sie die Projekte in den Quartieren umsetzen. Das Heft zeigt, dass vor allem Groß- und Mittelstädte BIWAQ-Projekte umsetzen. Es beantwortet außerdem die Frage, welche Personengruppen an den Projekten teilnehmen und inwieweit ihnen die Aufnahme einer Beschäftigung nach Beendigung der Maßnahme gelingt.

Herausgeber

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn

Ansprechpartner

Teresa Lauerbach
teresa.lauerbach@bbr.bund.de

Redaktion

Daniel Regnery

Satz und Gestaltung

Katrin Heimersheim

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Bestellungen

gabriele.bohm@bbr.bund.de
Stichwort: BBSR-Analysen KOMPAKT 04/2020

Die BBSR-Analysen KOMPAKT erscheinen in unregelmäßiger Folge. Interessenten erhalten sie kostenlos.

ISSN 2193-5017 (Printversion)
ISBN 978-3-87994-761-4

Bonn, März 2020

Newsletter „BBSR-Forschung-Online“

Der kostenlose Newsletter informiert monatlich über neue Veröffentlichungen, Internetbeiträge und Veranstaltungstermine des BBSR.
www.bbsr.bund.de > BBSR > newsletter